



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Die deutsche Revolution**

**Blum, Hans**

**Florenz [u.a.], 1897**

Vierter Abschnitt. Die Märzbewegung in Württemberg, beiden Hessen und Nassau.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-64064](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-64064)

Die stolzen Aristokraten  
Verleidenen mir den Thron,  
Sie haben Euch verraten,  
Und sprechen uns Beiden Hohn.  
Die Höflinge glatt und schmeichelnd,  
Die Geistlichen, Liebe heuchelnd,  
Entrissen mir die Kron'.

Ein Herz im Busen tragend  
Für Schönes, was Menschen ziert,  
Mein Volk mit Künsten begabend,  
So hab' ich stets regiert.  
Schwört Treue nun meinem Sohne.  
Bleibt treu, Ihr Bayern! der Krone,  
Und dem Gesetze, das Euch regiert.

Des Königs innerste Beweggründe für seine Abdankung offenbart endlich — ganz in Übereinstimmung mit dem oben Vorgetragenen — das von Ludwig nach der Thronentsagung öffentlich ausgesprochene Wort: „Ich bin der letzte (bayerische) König gewesen. Pfui Teufel, ich möcht' nicht mehr König sein!“

Von hohem kulturhistorischen Interesse ist übrigens die Thatsache, daß ein guter Teil der Münchener Bürgerschaft die Märzbewegung der bayerischen Hauptstadt kräftig zu verwünschen begann, als der König, der den Münchenern soviel zu verdienen gegeben hatte, wirklich abdankte.

Wir haben diese bayerischen Vorgänge aus mancherlei Gründen so eingehend dargestellt. Denn zunächst ist dieser Abschnitt deutscher Geschichte überaus nutzbringend für die heute noch manchmal verkannte unumstößliche Wahrheit, daß das selbstherrliche Größenbewußtsein eines, noch so hochbegabten Fürsten, nicht in unser Jahrhundert paßt, vielmehr Krone, Volk und Staat schädigt. Sodann aber stehen bei dieser bayerischen Katastrophe auf allen Seiten die geschlossensten Charaktere sich gegenüber: im Könige, in Lola Montez, in ihren ultramontanen, adligen und bürgerlichen Gegnern, und alles ist belebt von dramatisch aufsteigender Handlung, so daß nicht bloß der geschichtliche Erzähler, auch der Dichter warmen Anteil dabei nehmen kann.

#### Vierter Abschnitt.

Die Märzbewegung von 1848 in Württemberg, Heiden Hessen und Nassau.

Baden vollzog, wie früher berichtet wurde, ohne jede Gewaltthat den Übergang in die neue Zeit und die Einsetzung eines wirklich freisinnigen Ministeriums, dank vornehmlich der volksfreundlichen Haltung des Großherzogs Leopold und seines schon lange vor den Februar- und Märztagen von 1848 ins Amt berufenen liberalen Ministers Veff.

Bei weitem eigensinniger und dem bisherigen Stillstand oder Rückschritt holder waren aber der König und seine Minister Schlayer und Maucler in Württemberg. Wir haben die traurigen, in Schwaben bis 1848 herrschenden öffentlichen Zustände früher geschildert. Begreiflich, daß die Kunde von der Pariser Februarrevolution in diesem von der französischen Grenze unweit entfernten Lande, und besonders die Nachrichten von dem glänzenden und raschen



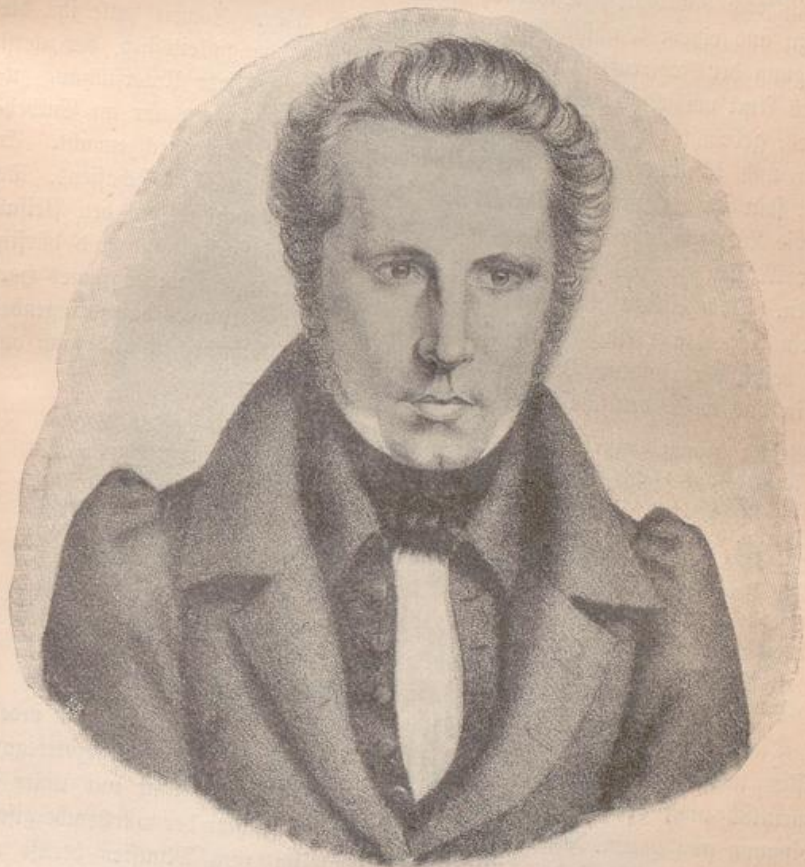
Erfolge der liberalen Bewegung in dem Nachbarstaate Baden die tiefste Wirkung üben mußten. Zudem besaßen die Liberalen Württembergs, trotz aller Strenge der Censur, zwei hervorragende Zeitungen ihrer Richtung, die Gemäßigteren in dem „Schwäbischen Merkur“, die Radikaleren im „Stuttgarter Beobachter“.

Sowie der Sturz des französischen Julikönigtums sicher war, verwandelte sich das Leben Stuttgarts von Grund aus. Die meisten Einwohner strömten auf die Straßen und füllten diese an, begierig die neuesten Zeitungsnachrichten vorlesend oder besprechend. Große Erregung hatte alle ergriffen. Schon am 1. März verlangte eine Abordnung aller Richtungen der Bürgerschaft von der zuständigen städtischen Behörde die Einberufung einer allgemeinen Bürgerversammlung für den folgenden Tag. Nach mehrstündiger Beratung stimmte der Magistrat zu, und so versammelten sich denn am 2. März vormittags Tausende im Bürgerhause, die eine von dem Führer der Landtagsopposition, Friedrich Römer, verfaßte Adresse an den König annahmen und mit ihren Unterschriften bedeckten. Diese Adresse gereicht dem Verfasser und den Unterzeichnern zu hoher Ehre. Denn sie bezeichnet ebenso klar als freimütig die bisherigen „Übelstände“ in ganz Deutschland wie in den Einzelstaaten. Sie verlangte also eine „Reorganisation des Bundes in volkstümlichem Sinne, d. h. die Berufung eines deutschen Parlaments“; im Innern: Pressfreiheit, Versammlungsrecht, Geschworenengerichte, gerechte Besteuerung, Aufhebung der Feudallasten, Regelung des Ersatzes für Wildschaden, „die kräftige Entwicklung der handelspolitischen Macht Deutschlands“, „Wehrhaftmachung des Volks“, um „Gemeinde, Staat und Eigentum zu schützen“, und schloß mit den Kernworten: „Wahrheit, Offenheit, Ehrlichkeit ist die einzig wahre und die einzig würdige Politik“. Durch Form und Inhalt ragt diese Adresse bedeutend über das Mittelgut der erregten Zeit hervor.

Da auch aus zahlreichen anderen Städten des Landes ähnliche Adressen durch besondere Abordnungen im Königsschlosse überreicht wurden, so machte der Herrscher am 6. März ein, wie er meinte, außerordentliches Zugeständnis, indem er an die Stelle des verhassten Ministers Schlayer den Ultrareaktionär Freiherrn v. Linden berief und an die Stelle der anderen unbeliebten Minister gänzlich unbekannt oder mindestens ebenso unbeliebte neue Männer setzte. Die Enttäuschung und der Grimm des Volkes über den Hohn dieses angeblichen königlichen Zugeständnisses war um so größer und leidenschaftlicher, als die ganze gesetzliche Bewegung bisher dem Monarchen in wahrhaft rührender Weise das allgemeine Vertrauen entgegengetragen hatte, und da nun ruckbar wurde, die maßvolle Adresse Römers werde von den vertrauten Ratgebern des Königs als „unverschämte“ gebrandmarkt. So stand es also auch jetzt noch wie in „vormärzlicher“ Zeit: unverantwortliche Ratgeber verschlossen das Ohr des aufrichtig geliebten Monarchen der Stimme des Volkes und täuschten ihn über alle wirk-



lichen Mißstände. Gut, so wollte das Volk sich nun deutlich hören lassen, und alle Täuschungen zum Schweigen bringen! Neue große Scharen strömten zusammen, um das ins Werk zu setzen. Aber sie fanden, ohne den Fuß zu rühren, schon die höchsten, berufensten und erfolgreichsten Wortführer ihrer Sache. Denn sowie die gereizte Stimmung der Hauptstadt hervortrat, begaben sich der Vicepräsident der ersten Kammer, der Fürst von Waldburg-Zeil, und der Präsident



Paul Pfizer.

Nach einer Lithographie von Jgelsheimer.

der zweiten Kammer, der Kanzler v. Wächter, zum König, um ihm den Ernst der Lage vorzustellen. Als bald kamen sie zurück mit der beruhigenden Versicherung: das Zweistundenministerium v. Linden sei wieder abgesetzt, der König habe damit nicht einen Rückschritt, sondern ein Zugeständnis machen wollen.

Noch viel freudiger aber wallte das Volk auf, als die Kunde sich verbreitete: am 8. März morgens habe Minister Maucler dem freisinnigen Abgeordneten



Duvernoy eröffnet, es sei der Wille des Königs, Duvernoy zum Minister des Innern, den so oft mißhandelten Oppositionsführer Paul Pfizer aber zum Justizminister zu ernennen. Paul Pfizer war eben auf Besuch bei seinem Freunde Ludwig Uhland, Duvernoy bat daher um Bedenkzeit, obwohl natürlich für die Freunde kein Zweifel bestehen konnte, daß sie das schwere Amt im Dienste des Vaterlandes annehmen müßten. Das beschlossen sie auch hochsinnig nach Pfizers Rückkehr. Duvernoy war reich, Paul Pfizer aber siedelte geradezu aus einem Dachstübchen ins Ministerium über. Soweit hatte ihn die Verfolgung der Regierung und sein stolzer, edler Unabhängigkeits Sinn, der zuerst auf das Amt verzichtet hatte und dann auch in der Not jede Unterstützung zurückwies, gebracht. Pfizer hatte in den Jahren vor 1848 ein nur an Entbehrungen und köstlicher großer Gedankenarbeit reiches Leben durchgemacht. Er bestritt sein Dasein nur aus dem Ertrag seines schriftstellerischen Schaffens. Da aber die Werke seines Geistes zu tief und bedeutend waren, um den Beifall breiter Massen zu finden, so war sein Einkommen äußerst knapp und dürftig gewesen. Doch ein zu jeder Entbehrung gestählter Mut, ein unbeugbares Herz und ein klares, alle Nacht und Not der Zeit und des Vaterlandes durchdringendes Auge besaß der einsame Denker in dem Stuttgarter Dachstübchen und sang von dort in das weite deutsche Land hinaus:

Meiner Heimat Berge dunkeln,  
 Flutend in der Wälder Grün,  
 Und gleich Helbenaugen funkeln  
 Sterne, die darüber ziehn.  
 Doch die Helden sind geschieden;  
 Die Vergangenheit ist tot!  
 Seele, von des Grabes Frieden  
 Wende Dich zum Morgenrot,  
 Gleich dem Aar, der einst entflohen  
 Staufers Nachbar und im Flug

Zollerns Ruhm bis an die Wogen  
 Des entlegnen Ostmeers trug.  
 Adler Friederich des Großen!  
 Gleich der Sonne decke Du  
 Die Verlassnen, Heimatlosen  
 Mit der goldnen Schwinge zu!  
 Und mit mächt'gem Flügelschlage  
 Triff die Eulen, Rab' und Weih!  
 Stets empor zum neuen Tage  
 Sonnenauge kühn und frei!

Die Berufung dieses Mannes zum „Märzminister“ war eines der bedeutendsten und bezeichnendsten Ereignisse der ganzen deutschen Märzbewegung. Namentlich auch deshalb, weil Duvernoy und Pfizer ihr Amt nur unter der Bedingung annahmen, daß der König den wackeren Führer der württembergischen Landtagsopposition Friedrich Römer gleichzeitig zum Minister berufe und ihm die Wahl seines Portefeuilles überlasse. Das war viel verlangt. Denn Römer war immer nicht bloß der entschiedenste Freisinnige, sondern auch der schneidigste und schonungsloseste Redner der Kammer und darum den Höflingen besonders verhaßt gewesen. Ohne jede Verhüllung nannte er das Unrecht bei Namen und mit blizartiger Schärfe schmetterte er die Verteidiger des Unrechtes nieder. Gleichwohl ließ sich der König auch diesen unbequemen Minister gefallen und sollte es nicht bereuen, da Römer als Minister auch den bisherigen Partei- und Kampfgenossen gegenüber Recht, Gesetz und Verfassung mit unbeugsamer





Württembergische Bürgerwehr: Büchschützen-Abteilung.

Festigkeit wahrte. Römer übernahm im neuen Ministerium die Justiz, Pfizer Kirchen- und Schulwesen, Duvernoy das Innere.

Im ganzen Volke erhob sich bei dieser glücklichen Wendung ungeheurer Jubel. Denn jetzt war erfüllt, was alle ersehnt und erstrebt und was ein schlichter Mann aus dem Volke in die Worte gefaßt hatte: „Unter der Sonne der Freiheit wollen wir unser Land zum Garten machen, aber wir wollen nicht den Bock zum Gärtner haben.“ Ungeheuer schwierig und umfassend war freilich die den neuen Ministern gestellte Aufgabe, alle die bösen alten Mißstände zu beseitigen; aber das Volk vertraute, daß auch das schwerste den vereinten Gaben der neuen Minister gelingen werde: Pfizers weitblickendem Geiste, Römers praktisch-verständiger Thatkraft und Duvernoys vermittelndem Talente.

Schon der am 13. März zusammentretende württembergische Landtag sollte diese Erwartungen in der Hauptsache befriedigen. Im Volke hatte sich, sowie der Landtag einberufen war, heftiger Unwille und der Ruf nach Mandatsniederlegung gegen diejenigen Abgeordneten erhoben, die sich bisher zu Schildknappen der in Württemberg herrschenden Reaktion hergegeben hatten. Einige



der Getadelten hatten auch dem Landtagsstize entsagt. Da warnte aber die Volkspartei selbst gegen Fortführung dieser Heze und vor Nachgiebigkeit gegen dieselbe, da sonst die Kammer leicht beschlußunfähig geworden wäre, und die vom Landtag zu erledigenden Vorlagen höchst dringlich waren, so daß Neuwahlen zuvor nicht vorgenommen werden konnten. Bezog so die bisherige Opposition ihren Gegnern die früheren Sünden, so zeigte auch das Verhalten der bisherigen reaktionären Kammermehrheit, wie viel diese von den Ereignissen der letzten Wochen gelernt hatte. Die zweite wie auch die erste Kammer erklärten ihr volles Vertrauen zu den neuen Ministern, die in schlicht bürgerlichem Gewande am Regierungstische saßen, da sie bei ihrem Amtsantritt nur den Titel von Staatsräten und deren bescheidenes Gehalt von 4000 Gulden für sich angenommen hatten. Auch das unheilverkündende Rabengekrächz einiger hundert Pietisten schwärzesten Gefieders, die sich an den König herandrängten mit der Beschwörung, es in allem beim alten Zustand zu belassen, vermochte die schöne Eintracht und vaterländische Einsicht beider Kammern nicht zu berücken. Rasch wurden die vorgelegten Gesetze über Vereinsrecht und Volksbewaffnung erledigt. Die zweite Kammer verlangte dann in dem ehrlich ausgesprochenen Bewußtsein, daß sie das Vertrauen des Landes nicht mehr besitze, ihre eigene Auflösung von der Regierung, und diese war bereit dazu.

Aber ehe der hierfür bestimmte 28. März herankam, war das fernere Tagen der zweiten Kammer infolge eines den Zeitereignissen entsprechenden Entschlusses der Standesherrn und der Ritterschaft zur Notwendigkeit geworden. Die Bevorrechteten hatten nämlich selbst die Ablösung aller auf dem Grund und Boden ruhenden Lasten und eine moderne Regelung des Jagdrechtes vorgeschlagen. Die Ablösungssätze waren äußerst niedrig gegriffen, also für die Verpflichteten leicht. Die Maßregel sollte ja auch zur „Beruhigung und Erleichterung des Volkes“ dienen, und deshalb mußte der in Form eines Gesetzesentwurfs der ersten Kammer unterbreitete Antrag baldigst von beiden Kammern angenommen werden. In der That genehmigte die erste Kammer das Gesetz schnell und einmütig. In der zweiten erhoben sich nur vier Stimmen dagegen. So endete denn dieser ereignisvolle Märzmonat mit einer auch für Schwabens ländliche Bevölkerung glückverheißenden That der Befreiung.

Doch ehe dieses Gesetz zu Stande kam, hatte der gärend-ungeduldige Freiheitsdrang der Bauern im fränkischen Schwaben zur Gewalt gegriffen. Sie waren vornehmlich aufgereizt durch einen phantastischen bürgerlichen Schwärmer, den Fabrikanten Gustav Rau von Gaildorf, einen bildschönen, feurigen Redner der durch breitpurige Übertreibungen\*) das Blut seiner ungebildeten Hörer in Wallung setzte und sie zu Gewaltthaten fortriß. Es würde zu weit führen, diese

\*) Seine Haupterklärung im Wortlaut bei Zimmermann, a. a. O. S. 65 ff., der bei Darstellung der Märzbewegung in Württemberg, seiner Heimat, zuverlässiger ist, als sonst.



die  
en  
die  
eu-  
ige  
en  
en  
er-  
em  
en  
ich  
ert  
er  
ne  
ich  
gt.  
in,  
on

ere  
nt-  
en.  
nd  
or-  
die  
Er-  
eh-  
ern  
geh  
en.  
ns

ige  
Sie  
er,  
ner  
in  
ese  
fg.,  
ger



# Die Demokraten an ihre Brüder die Soldaten.

## Soldaten!

Es gab eine Zeit, da waren Volk und Heer einig. Es war die Zeit, in welcher unsere Väter auf den Schlachtfeldern von Belle-Alliance und vor Paris fochten für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes. Damals gab es nicht jenen unglückseligen Zwiespalt, der Euch später von uns getrennt hat. Wir sagen, unsere Väter haben gefochten und gebütet für die Freiheit. Wohl ist dies geschehen. Als sie aber zurückkehrten ins Vaterland, waren alle die schönen Freiheitsverheißungen, die man gemacht hatte, vergessen. Wir wollen hier nicht Alles das aufzählen, was man damals versprochen hatte, als man erklärte, die deutsche Nation einzusehen zu wollen in ihre uralten Rechte. Mehr als 30 Jahre hat es gewährt, bis die Tage des März dieses Jahres uns die lang verheißene Freiheit endlich gebracht haben. Wir haben gekämpft für diese Freiheit und sie errungen. Wir haben gekämpft, wir sagen es mit blutendem Herzen, gegen einen Theil von Euch, gegen einen Theil unserer Brüder. Und doch haben wir für diese unsere feindlichen Brüder selbst gekämpft. Denn wir wollten nicht die Freiheit für uns allein, wir wollten sie in gleicher Weise für uns und Euch, für Volk und Heer.

Soldaten! Ein großer Theil Eurer Offiziere hat Euch eingekauft, wir seien Eure Feinde, wir wollten Ordnung und Geseß stürzen, die Ihr aufrecht zu erhalten berufen seid! Soldaten! man hat Euch schmähtlich hintergangen. Wir wollen Ordnung und Geseß halten; denn ohne diese kann nichts bestehen. Aber wir wollen auch die Freiheit, die uns und Euch unser König verheißt hat. Die aber, welche Euch gegen uns zur Feindschaft reizen, fürchten durch diese Freiheit ihre Vorrechte und ihre unbeschränkte Gewalt über Euch zu verlieren. Und darum wollen sie Euch zur Unterdrückung der Freiheit mißbrauchen.

Wir verlangen die Freiheit und werden sie erlangen für uns und Euch. Glaubt nicht, daß wir Euch, unsere Brüder im Heere vergessen. Wir werden nicht nachlassen zu fordern, daß auch Euch alles das werde, was Ihr von Gott und Rechts wegen zu verlangen habt. Wir verlangen, daß Ihr nicht ferner Euren heimathlichen Heerde Jahre lang entzogen werdet, sondern, daß Ihr, wenn Ihr ansererzitt seid, Euren Vätern, Müttern und Geschwistern zurückgegeben werdet. Laßt Euch nicht täuschen wenn man Euch sagt, Ihr könntet in kürzerer Zeit nicht ausgebildet werden, als Ihr jetzt dient. Ihr wißt es, daß unter unsern preussischen Brüdern in Schleswig-Holstein sich hunderte befanden, die kaum ansererzitt waren, und wir haben nicht gehört, daß sie sich schlechter und ungeschickter geschlagen haben, als die Uebrigen. Ihr wißt es, wie die wohl und lange exercirten preussischen Heere 1806 bei Jena geschlagen wurden, und wie dagegen 1813 die jungen, aber freiheitsmuthigen Truppen siegreich blieben über die alten Gardes des französischen Heeres. Was wir verlangen, ist auch in anderen Ländern, welche frei sind, Sitte. Dort würde man es für einen Unstun und ein Unrecht halten, die Söhne des Volkes Jahre lang ihren Familien und ihren Geschäften zu entziehen.

Wir verlangen, daß es Euch gestattet sei, Eure Unteroffiziere und Offiziere bis zum Hauptmanne aufwärts Euch selbst zu wählen aus einer Liste der zu diesen Stellen Befähigten und Geprüften, die Euch das Kriegsministerium vorlegen soll. So werdet Ihr nur Vergessene erhalten, die Euer wahres Vertrauen und Eure Zuneigung wirklich besitzen, und denen Ihr den schuldigen Gehorsam willig leisten werdet.

Wir verlangen, daß jeder Gemeine, wenn er die erforderliche Prüfung bestehen kann, zum Unteroffizier und jeder Unteroffizier zum Offizier wählbar ist. Kenntnisse sollen befördern, nicht Günst und Vorrechte. Die Offiziersstellen dürfen nicht ferner von den Adeligen als Bevorrechteten gepachtet sein. So ist es auch in der französischen Armee, wo zwei Drittel der Offiziersstellen durch avancirte Unteroffiziere besetzt werden. Die Kattetenhäuser müssen aufhören. Gemeinnützige militärische Bildungsschulen müssen errichtet werden, und jedem Befähigten zugänglich sein.

Wir verlangen, daß das Vaterland die Invaliden der Armee versorge, wie sie es verdienen. Ist es nicht eine Schmach, daß Männer, die Ihre Gesundheit im Dienste des Vaterlandes geopfert haben, die mit zerschossenen Gliedern aus dem Felde zurückkehren, mit dem Leierkasten in Frost und Glend ihr Brot erbetteln und ihr Leben kärglich fristen müssen?

Wir verlangen, daß der übermäßig hohe Gehalt der hohen Offiziere beschränkt, und die Löhnung der Gemeinen, Unteroffiziere und Offiziere niedern Ranges erhöht werde. Die Söhne des Volkes sollen, wenn sie dem Vaterlande dienen, im Stande sein, eine diesem Berufe entsprechende Lebensweise zu führen. Bringen sie doch schon Opfer genug dadurch, daß sie in der Zeit ihres Dienstes wenig oder gar nichts zu verdienen im Stande sind. Wenn aber die Dienstzeit auf einige Monate verkürzt und der übermäßig hohe Gehalt der hohen Offiziere vermindert wird, dann wird die Staatskasse den Soldaten die von uns verlangte höhere Löhnung bezahlen und eine bessere Nahrung als jetzt gewähren können, ja ihre Ausgaben werden trotzdem noch geringer werden als sie jetzt sind.

Wir verlangen, daß die Reservisten nur einberufen werden, wenn das Vaterland im Kriege mit äußeren Feinden begriffen ist. — Diese Männer dürfen nicht zwecklos Wochen und Monate lang ihren Familien, die Väter nicht den darbedenden Frauen und Kindern entziffen werden ohne Noth. Wenn es aber Noth thut, können sie in wenigen Stunden von den äußersten Enden der Monarchie vermittelst der Eisenbahnen zu ihren Regimentern stoßen, und werden dies dann mit Freunden thun. Wir verlangen, daß alle Reservisten, welche nicht im Felde stehen, jetzt augenblicklich entlassen werden.

Wir verlangen, daß Ihr, unsere Brüder und Söhne in der Armee, alle diejenige Freiheit genießet, welche wir besitzen und die wir nicht für uns allein wollen errungen haben. Wir verlangen für Euch das Recht, Euch außer Dienst frei und ungehindert versammeln und über Eure Angelegenheiten berathen zu dürfen. Wir verlangen endlich, daß Ihr in Friedenszeiten nicht nach den grausamen Kriegsartikeln, sondern nach dem bürgerlichen Geseßbuch gerichtet werdet. — **Denn Ihr seid freie Bürger, so gut wie wir!** — Der Zustand der Rechtlosigkeit und sklavischen Unterwürfigkeit, in dem Ihr Euch befindet, muß aufhören. Es muß aufhören, daß Euch jede Kanne Eurer Vorgesetzten Tage lang in Arrest, und ein geringes Vergehen Monate und Jahre lang auf die Festung bringen kann.

Das Alles hoffen wir durch unsere Vertreter, die Abgeordneten der Nationalversammlung, durchzusetzen, und werden nicht ruhen, bis es geschehen ist. Es ist nichts Neues, was wir für Euch verlangen. Wir wollen vollendet haben, was schon der edle Schamhorst begann und was die freiheitsfeindliche Politik der Machthaber in seiner Entwicklung unterbrochen hat: die Einführung einer demokratischen Heerverfassung, damit wir durch sie frei, groß und mächtig voranleuchten den Nationen der Erde.

Soldaten, Brüder, Kameraden! Laßt ab von Euren unglückseligen Haß gegen uns! Hört nicht mehr auf die, welche Euch diesen Haß einflößen. Erkennet uns nicht: Seid Ihr nicht die Söhne der Bürger? Kehrt Ihr nicht über kurz oder lang zu Euren bürgerlichen Beschäftigungen zurück? Haben wir nicht, wir Männer von der Landwehr, unter denselben Waffen, in denselben Regimentern gestanden, in denen Ihr jetzt steht? Und Ihr wollt wüthen im eignen Fleisch? Ihr wollt den Bruder morden wie Cain den Abel?

— Soldaten! Brüder! Das glauben wir nicht!

Es sind Verläumder, die dieses ferner behaupten. Wir reichen Euch die Bruderhand, Ihr werdet sie nimmer zurückstoßen.



1810

1810

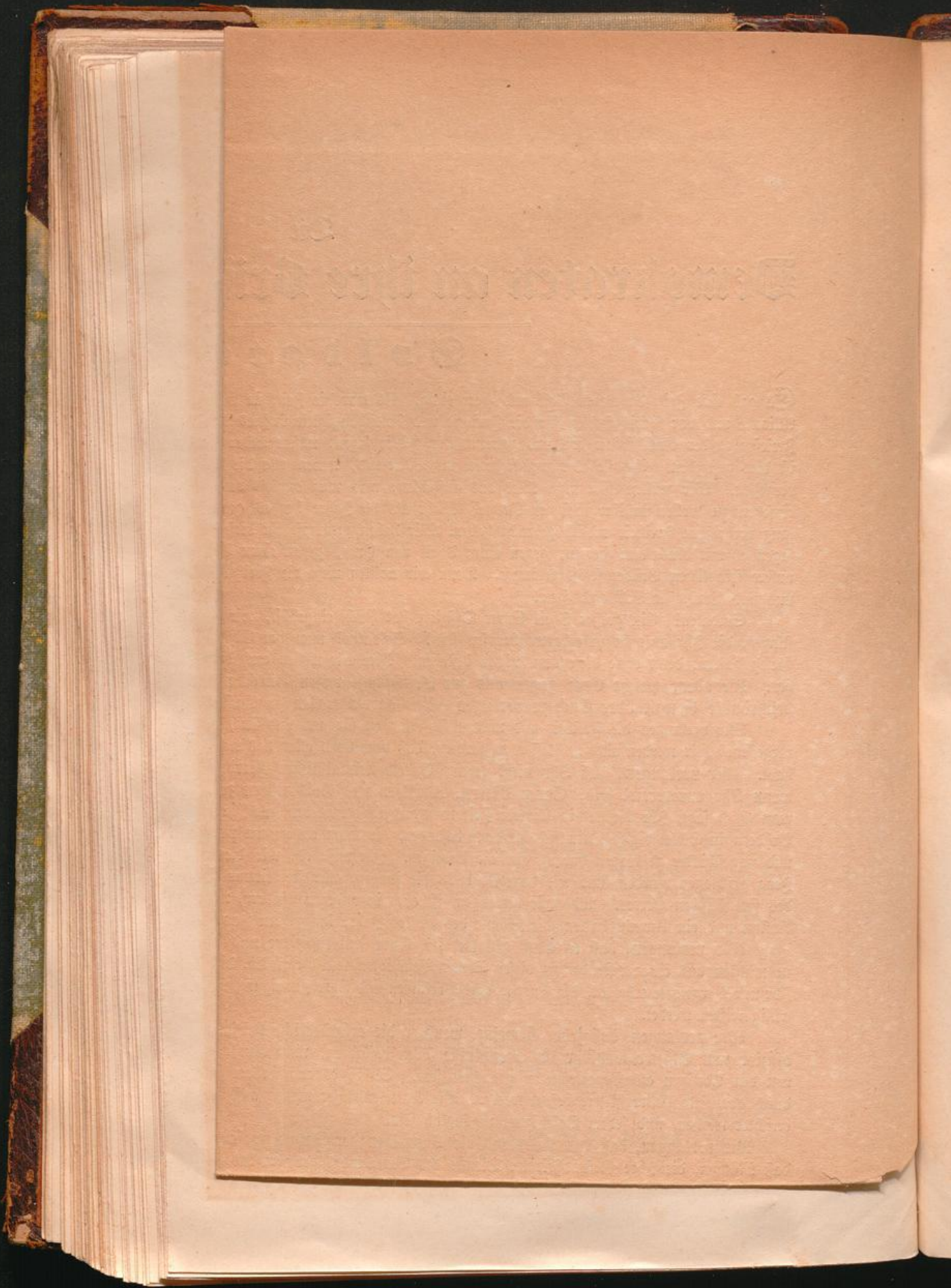
1810

1810

1810

1810







Bauernunruhen im Einzelnen darzustellen. Vielmehr genügt die Bemerkung, daß die empörten Landleute Schwabens im Allgemeinen nur der Losung Raus folgten, die „Lager- oder Saalbücher“ ihrer Feudalherren, d. h. die Rechnungsbücher über die grundherrlichen Zins-, Zehntrechte u. s. w. zu verbrennen, während sie Schlösser, Geld und Gut ihrer bisherigen Bedrücker sorgfältig schonten, ja Speisen und Wein selbst da unberührt ließen, wo diese ihnen freiwillig geboten wurden. Nur ein Flügel des fürstlich hohentoheschen Schlosses Niederstetten, in dem die fürstliche Domänen-Kanzlei ihren Sitz hatte, sank in Asche, doch auch hier vermutlich eher durch Unvorsichtigkeit bei Verbrennung der Lehensbücher und Akten, als infolge vorsätzlicher Brandstiftung. Seltsamerweise tobten diese Unruhen genau durch dieselben Gaue, in denen auch der große Bauernaufstand von 1525 seine wildesten Schrecken entfaltet hatte, wie im Weinsberger Thal. Die Behörden traten den Aufgeregten fast überall nur mit eindringlich abmahnender Milde entgegen und verziehen das Geschehene vollständig. Manche der bedrängten Edelleute aber erließen nach Erlöschen des Aufstandes freiwillig ihren Bauern selbst die nach dem neuen Gesetz noch übrigbleibenden Forderungen der Herren.



Antmann: „So, Bauern! jetzt habt's gehört, daß der Herzog nur Euer Bestes will.“  
 Bauer: „Ja, daß er unser Bestes will, habe ma scho lang g'wüßt, aber grad das wolte mer em net gebe.“

Darstellung aus dem Jahre 1848.

Wüster als in Württemberg waren die Bauernunruhen, die in Baden schon am 7. März im ganzen Neckargrund und Kraichgau, im Taubergrund und Odenwald ausbrachen. Denn hier wurden die Edelleute oder ihre Rentbeamten unter Mißhandlungen und lebensgefährlichen Drohungen gezwungen, die Saalbücher und Schuldtitel selbst ins Feuer zu werfen. Auch wurden dabei die Juden schmähslich verfolgt und ihrer zerstörten Habe beraubt. Soldaten mußten die Aufrührer auseinandertreiben. Die fortgeschrittensten Führer der badischen Volkspartei, wie Hecker und Ihstein, erklärten diese Ausschweifungen für unwürdigen Frevel. Durch die Aufhebung aller noch nicht beseitigten Feudalrechte verhütete die badische Regierung auf gesetzlichem Wege die Erneuerung der Unzufriedenheit.

Die württembergischen Bauernaufstände boten Österreich den willkommenen Anlaß und Vorwand, in Stuttgart zu erklären, Österreich beabsichtige zum Schutze der Ruhe des Landes größere österreichische Truppenmassen in der Bundesfestung Ulm einrücken zu lassen. Selbstverständlich gedachte Metternich dann auch das Märzministerium und alle Märzerrungenschaften in Schwaben wieder hinwegzuräumen. Da erhob sich aber die gesamte Bevölkerung des



Landes, voran die größeren Städte, mit „offenen Worten des Mißtrauens“ warnend an die Regierung und an die Krone und verlangte vor allem den Rücktritt des letzten reaktionären Ministers Maucler, dem die Bestellung der österreichischen Schutztruppe, im geheimen Einverständnis mit Metternich, wohl nicht mit Unrecht zugeschrieben wurde. Er wurde entlassen, und nun verbat sich die württembergische Regierung nachdrücklich den österreichischen Einmarsch. Noch wenige Wochen zuvor würde Metternich hohnlachend über einen solchen Einspruch hinweggeschritten sein. Denn niemand trat die von ihm in der deutschen Bundesakte gewährleistete Vollsouveränität der deutschen Fürsten so brutal mit Füßen als er. Aber eben jetzt war auch für seine Macht die letzte Stunde gekommen!

Im Großherzogtum Hessen nahm die Märzbewegung einen durchaus gesetlichen, glatten Verlauf. Wie bereits früher bemerkt, hatte hier der Führer der Kammeropposition Heinrich von Gagern schon am 27. Februar den Beschluß der in Heppenheim versammelt gewesenen Volksmänner auf Einberufung eines deutschen Parlaments in Form eines Antrags in der Kammer eingebracht. Außerdem aber verlangte er: dem „zeitweiligen Haupt Deutschlands die Sorge für den Schutz der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands, insbesondere die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und der Volksbewaffnung zu übertragen“. Am 2. März forderte der freisinnige Abgeordnete, Advokat Reh von Darmstadt, die sofortige Änderung des Regierungssystems und den Wechsel der Minister, da diese die Mißstimmung und das Mißtrauen im ganzen Lande verschuldet hätten. Am 3. März machte sich der radikale Abgeordnete Advokat Zitz aus Mainz zum Anwalt einer aus Mainz mit 1200 Unterschriften eingegangenen Adresse an den Großherzog, welche die volle Gewährung aller in der Verfassung verheißenen Freiheiten forderte, sodann Preßfreiheit, Heilighaltung der Gesetze, Ersatz des stehenden Heeres durch ein Volksheer, „volle Freiheit des Gemeinde- und Volkslebens“ ohne polizeiliche und bürokratische Einnischung, freies Petitions- und Versammlungsrecht, „ein besseres Wahlgesetz“, Gleichberechtigung der Konfessionen, ein deutsches Parlament. Gagern mahnte dagegen, die hessischen Sonderwünsche einstweilen vor den allgemein-deutschen zurückzustellen. In diesem Sinne handelte die Regierung. Die alten Minister fühlten, daß ihre Zeit um sei. Der rückschrittliche Prinz Emil war in sein Idealland Österreich abgereist, der volksfreundliche Erbgroßherzog dagegen aus München in Darmstadt eingetroffen. Ihn nahm der Großherzog nun zum Mitregenten an und berief Heinrich von Gagern an die Spitze eines neuen Ministeriums, das in einer öffentlichen Erklärung versprach, alle die den Forderungen der Zeit entgegenstehenden Gesetze und Einrichtungen zu beseitigen.

Bei der Persönlichkeit des Kurfürsten von Hessen und der Art seiner Regierung, mußte natürlich die Märzbewegung in Kurhessen unendlich schwieriger verlaufen, als in dem stammverwandten südlichen Nachbarlande. Der



Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte, wie wir sahen, seine Erhebung zum Mitregenten der tiefen freiheitlichen Bewegung von 1830 zu verdanken gehabt, die Kurhessen auch die freisinnigste Verfassung geschenkt hatte. Der Fürst war zwar nicht so roh und sittenlos wie sein Vater, aber von demselben herrischen Eigenswillen erfüllt wie jener und womöglich noch habüchtiger und eigennütziger. Als Regent hatte er bis 1837. das Land durch den gewissenlosen Minister Hassenpflug („der Hessen Fluch!“) knechten, alle freisinnigen Abgeordneten verfolgen oder austreiben, den Landtag bei jedem unliebsamen Beschluß auflösen, die Wähler bei Neuwahlen auf das Äußerste einschüchtern lassen und dieses tyrannische Regiment nach Hassenpflugs Übertritt in preußische Dienste von 1837—1847 auch durch den verhaßten Minister Scheffer fortgesetzt. Als er nach dem Tode seines Vaters am 20. November 1847 selbst Kurfürst wurde, setzte er sogar alsbald eine aus Bedientenseelen bestehende Kommission ein, die alle ihm unbequemen Bestimmungen der Verfassung von 1831 ausmerzen sollte. Diesem gemüthlichen Vorhaben und dem ganzen nichtsnutzigen Regiment — bei dem sich die Kurhessen bis zum Tode des alten Kurfürsten sogar manchmal nach diesem sittenlosen Wütrich zurückgeseht hatten — machte jedoch die Märzbewegung ein Ende.

Die Erregung und Erbitterung der sonst so ruhigen kurhessischen Bevölkerung entsprach dem Übermaß der bisherigen Mißregierung. In diesem zähnen, bedächtigen Volksstamm bedeuteten stille Zornesblicke und erhobene gehaltte Fäuste mehr als anderwärts lautes Toben und selbst Waffentirren. Minister Scheffer verstand diese Zeichen zu deuten und kannte seine Kurhessen. Noch ehe eine einzige Volksversammlung stattgefunden, noch vor Eingang der ersten Adresse, verschwand er in der Nacht des 5. März, in Decken und Betten gehüllt, aus Kassel, von den Furien seines bösen Gewissens und der Todesfurcht vor der Volkszucht bis an die äußerste Nordgrenze Deutschlands und über das Meer geheht. In derselben Nacht flüchtete auch die Familie des Kurfürsten aus Kassel. Dieser selbst meinte noch mit den alten verbrauchten Gewaltmitteln auskommen zu können.

Das sollte vor allem die Stadt Hanau empfinden, die der Kurfürst als „Herd der ganzen Empörung“ betrachtete, weil einige Bürger der Stadt ihm am 29. Februar einige bescheidene Bitten vorgetragen hatten. Darauf erging am 5. März von Kassel der Befehl, eine starke Anzahl Geschütze gegen Hanau heranzuführen und die dortige etwa 1500 Mann starke Bürgerwehr sowie die Turnerschaft zu entwaffnen. Die Hanauer bezogen darauf selbst die Wachen ihrer Stadt; das Militär blieb ruhig in den Kasernen; eine Abordnung der Bürger ging nach Kassel ab, um die Bewilligung der Zeitforderungen und den Wechsel des Ministeriums zu verlangen. Zugleich aber meldeten sowohl der militärische Stadtkommandant als der Bürgermeister Eberhard von Hanau dem Kurfürsten, wenn dieser die Forderungen der Bürger nicht bewillige, könnten sie ebensowenig für die Ruhe der Stadt als für die Haltung der Truppen einstehen.



Während nun der Kurfürst die Hanauer Abordnung tagelang vergeblich auf Audienz warten ließ, rückten in der That Truppenmassen und Batterien gegen Hanau an. Darauf bewaffnete sich ganz Hanau unter Mitwirkung der Behörden aus dem Zeughaufe; Tausende aus Frankfurt und Umgegend, selbst aus Mainz, versprachen Zuzug und setzten sich zu Schiff in Bewegung. Eine zweite Abordnung wurde von Hanau nach Kassel gesandt mit der kurzen Erklärung: wenn der Kurfürst die von Hanau aufgestellten Forderungen nicht binnen drei Stunden, bis zum 11. März Mittags um 12 Uhr bewillige, so würde die ganze Bevölkerung des südlichen Theiles des Kurfürstentums gegen Kassel anrücken und sich mit dem liberalen Großherzogtum Hessen vereinigen. Die Hanauer und ihre Hülfsscharen waren von dem ordengeschmückten ehemaligen Offizier Rötzelberg, einer herrlichen Reckengestalt, befehligt.

Inzwischen hatte der Kurfürst am 6. März der gleichfalls erregten Bevölkerung der Hauptstadt einige Zugeständnisse gemacht, mit denen sich diese begnügte. Weiter wollte er sich nicht herabwürdigen. Er vertraute auf die starken Truppenmassen, die er um Schloß Wilhelmshöhe anhäufte, und vor allem auf den flehentlich erbetenen Anmarsch preussischer Truppen. Aber auch in Berlin hatte man gerade jetzt mehr zu thun, als dem verblendeten Eigensinn des hessischen Tyrannen mit preussischen Regimentern beizuspringen. Die bürgerfreundliche Besatzung wurde aus Hanau abberufen. Achttausend Bürger standen dort unter den Waffen und verbarrikadierten die Stadt, zu deren Entsatz nun Tausende zu Wasser und zu Lande aus beiden Hessen, vom Odenwald, dem Fuldathal, aus Gießen, Friedberg, Offenbach, Frankfurt, Mainz und anderen Rheinstädten herbeiströmten, während die kurfürstlichen Strafkompagnien zu Gelnhausen und Markgöbel die Straßen sperrten.

So kam der entscheidende 11. März heran. Die Mittagsstunde, die letzte Frist hatte der Kurfürst verstreichen lassen, obwohl auch Kassel jetzt in gewaltige Erregung geraten war, und große Volkshaufen um das Schloß und Staatsministerium wogten, die Bürgerwehr in Waffen. Die Hanauer Abordnungen haben bereits ihre Reisewagen bestiegen, die langsam durch die Straßen rollen. Da stürzt das Volk ihnen nach, beschwört die Hanauer noch einen letzten Versuch zu machen, beim Fürsten Gehör zu erlangen, spannt die Pferde aus und zieht die Wagen unter tausendstimmigem Jubelruf nach dem kurfürstlichen Schloß. Als auch jetzt noch die Audienz verzögert wird, fliegen Steine nach dem Schlosse, hunderte von Fensterscheiben werden zertrümmert, die Sturmglocke heult durch die anbrechende Nacht, das Militär steht ruhig vor dem Schlosse, ohne die Waffen zu rühren.

Da tritt endlich ein Bote aus dem Schlosse, der die Hanauer zur Audienz einlädt. Nachts halb elf Uhr kommen sie zurück. Alles ist gewährt, außer der sofortigen Berufung der Stände, auf die sie selbst verzichtet hatten. Erst als das kurfürstliche Schreiben, das diese Zusagen bestätigt, ausgefertigt und über-



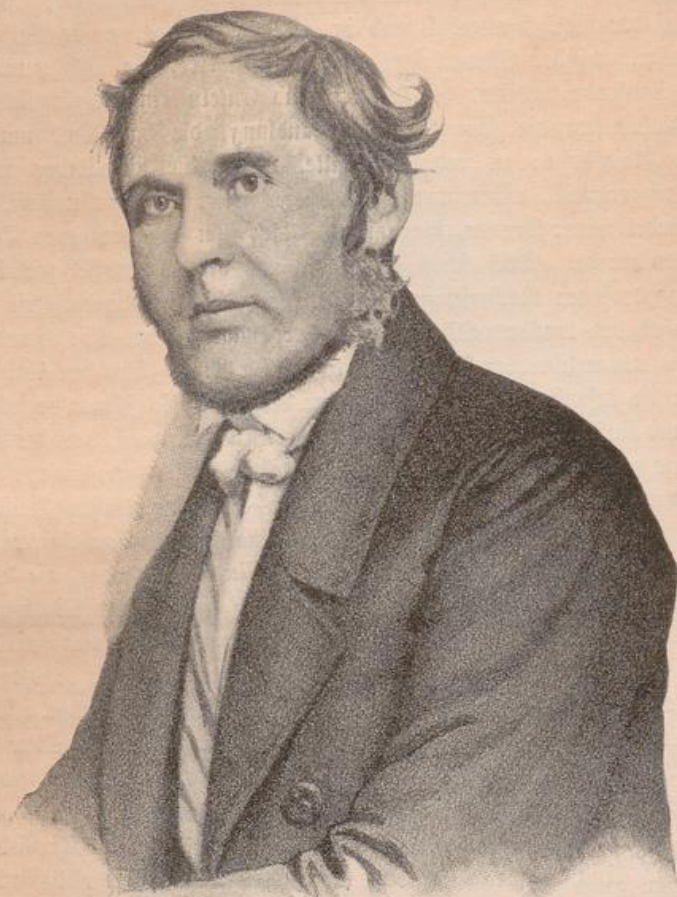
reicht ist, reisen die Hanauer ab. Die ganze Stadt an ihrem Wege ist erleuchtet. Bis an die Stadtgrenze werden sie von der freudig erregten Bürgerschaft Kassels geleitet.

Die Hanauer feierten ihren Sieg in würdigster Weise. Keine Spur von Unordnung oder Gewaltthat. Nur die berühmte Prügelmaschine, „der Wolf“, wurde auf der Polizei abgeholt und in feierlichem Zuge, unter Teilnahme der Bürgerwehr, auf der Bürgerhauptwache zertrümmert, die Stücke und Splitter aber an Tausende verteilt, die Kindern und Enkeln ein ewiges Andenken erhalten wollten an die schmachvolle Behandlung, die das Volk unter diesem türkischen Kleinfürsten zu erdulden hatte. Auch die Barrikaden wurden in Hanau weggeräumt, wiewohl niemand sicher war, ob der Kurfürst, bei dem jähem Wandel seiner Launen, die am 11. März ihm abgedrungenen Versprechen auch halten werde. Doch schon gleichzeitig mit der von Kassel zurückkehrenden Abordnung traf am Nachmittage des 12. März die Freudenbotschaft ein, daß der Kurfürst den wackeren Bürgermeister der Stadt Hanau, Eberhard, an die Spitze des neuen liberalen Ministeriums berufen habe. Von den übrigen neuen Ministern ist besonders der lange von der Regierung so schwer verfolgte Abgeordnete und Kasseler Stadtsekretär Wippermann zu nennen, dem die Regierung nicht lange zuvor, um ihn für seine liberale Gesinnung zu strafen, sogar die Genehmigung versagt hatte, eine Stelle an einer öffentlichen Versicherungsanstalt anzunehmen. Jetzt wurde ihm das Finanzministerium übertragen!

Eine der ersten Handlungen des neuen Ministeriums war, die beiden ungerecht verfolgten und ihrer Ämter einstweilig enthobenen Marburger Professoren Sylvester Jordan und den Nationalökonomem Brunoildebrand wieder in alle Ehren und Würden einzusetzen. Als dann der Landtag am 13. März zusammentrat, da wurde Wippermann stürmisch begrüßt. Die ganze Stadt aber war von Rührung und Freude ergriffen, als der Vater der kurhessischen Verfassung, der edle Sylvester Jordan, nach fünfzehn Leidens- und vielen Kerkerjahren wieder in Kassel einzog, um von neuem in die Kammer einzutreten. Vom Balkon seines Gasthofes herab mußte der Ehrwürdige zum Volke reden. Und da sprach er, ohne allen Haß und Groll, freilich nicht mehr mit der alten klangvollen Stimme, aber in alter Mäßigung: das Volk möge nicht auf die Sendlinge hören, welche eine Republik predigen. Ein echt konstitutionelles Leben sei das rechte Lösungswort. Selbstbeherrschung, Gesetzmäßigkeit, aber auch Wachsamkeit, da Gefahren von außen hereinbrechen könnten, das müßten jetzt die Bürgertugenden sein. Wahrlich ein rührend-erhebendes Bild! Wie hoch erhoben über dem kläglichen Schauspiel, das der Kurfürst auf führte, als er in eben diesen Tagen während seine bisherigen Ratgeber auf der Flucht waren oder sich verkrochen — zum erstenmal seit seiner Regentschaft und Regierung, den Waffenübungen der Kasseler Bürgerwehr beivohnte und dabei die weiße Binde der Bürgerwehr am Arme trug, als wolle er ihr durch



diese Auszeichnung dafür danken, daß sie so redlich dazu mitgewirkt hatte, ihm die Erfüllung der Volkswünsche abzutrotzen! Noch verächtlicher machte sich der Kurfürst dadurch, daß er den von ihm so grausam gequälten Sylvester Jordan ersuchen ließ, „den Posten als Bundestagsgesandter anzunehmen, damit dessen



S. Jordan.

Lithographie von Schertle nach Biows Lichtbild, 1848. Deutsche Nationalgalerie.

gefeierter Name des Kurfürsten eigene schmachvolle Vergangenheit womöglich zudecke“ (so sagt Wiedermann, a. a. O. S. 221, treffend).

In Nassau nahm die Bewegung nur infolge der zufälligen Abwesenheit des jungen Herzogs in Berlin zeitweilig einen heftigen Charakter an. Am 2. März fand im Kurssaal zu Wiesbaden eine aus dem ganzen Lande beschiede tausendköpfige Versammlung statt, welche die üblichen Volksforderungen erhob,



ch  
it  
m  
te  
b,

quibus



# Die Volks-Kommission in Hanau an den Kurfürsten von Hessen, königl. Hoheit.

Durch die Proklamation Eurer königl. Hoheit vom 7. d. sind die Wünsche des Volkes nicht erfüllt und seine Bitten unvollständig gewährt worden. — Das Volk ist mißtrauisch gegen Euerer königl. Hoheit selbst, und sieht in der unvollständigen Gewährung seiner Bitten eine Unaufrichtigkeit. Das Volk hat in der unvollständigen Gewährung seiner Bitten nichts gesehen, als die dringendste Aufforderung, sich noch enger zusammenzuschaaeren und eine noch festere Haltung Eurer königl. Hoheit gegenüber einzunehmen.

Das Volk, welches wir meinen, ist nicht der vage Begriff mehr von ehemals, nein es sind Alle — Alle! Ja, königl. Hoheit, Alle! Auch das Militär hat sich für einstimmig erklärt!

Das Volk verlangt, was ihm gebührt. Es spricht den Willen aus, daß seine Zukunft besser seyn solle, als seine Vergangenheit, und dieser Wille ist unwiderstehlich. — Das Volk hat sich eine Kommission erwählt, und diese verlangt nun für es und Namens seiner:

- 1) Besetzung aller Ministerien, soweit diese nicht neuerdings geschehen ist, mit Männern, welche das Vertrauen des Volkes genießen.
- 2) Auflösung der wieder einberufenen Ständeversammlung und alsbaldige Berufung neu zu erwählender Stände.
- 3) Bewilligung vollständiger Pressfreiheit auf Grund der hierzu im §. 95 der Verfassungsurkunde gewährten Zuständigkeit.
- 4) Vollständige Amnestie für alle seit dem Jahre 1830 begangenen politischen Vergehen.
- 5) Gewährung vollständiger Religions- und Gewissensfreiheit und deren Ausübung.
- 6) Hinwirkung bei dem deutschen Bund auf Bildung einer deutschen Volkskammer. Zurücknahme aller den Genuß verfassungsmäßiger Rechte, ganz insbesondere das Petitions-, Einigungs- und Versammlungsrecht beschränkenden Beschlüsse.
- 7) Die bestimmte Zusage, daß die bereits durch die Proklamation vom 7. d. zugesicherten und in Beziehung auf die ausgesprochenen Desiderien weiter erforderlichen Gesetzentwürfe der nächsten Ständeversammlung vorgelegt werden.
- 8) Entschließung Eurer königl. Hoheit, binnen drei Tagen von heute an, deren Verstreichen ohne Antwort als Ablehnung angesehen werden soll.

Jetzt ist die Stunde gekommen, wo Sie zu zeigen haben, königl. Hoheit, wie Sie es mit dem Volke meinen. Zögern Sie nicht einen Augenblick, zu gewähren, vollständig zu gewähren!

Befonnene Männer, königl. Hoheit, sagen Ihnen hier, daß die Aufregung einen furchtbaren Charakter angenommen hat.

Bewaffneter Zug aus den Nachbarstädten ist bereits vorhanden, schon wird man mit dem Gedanken einer Lostrennung vertraut, und kennt recht wohl das Gewicht der vollendeten Thatsachen.

Königl. Hoheit! gewähren Sie! Lenke Gott Ihr Herz.

Hanau, den 9. März 1848.

## Die Volkskommission.

Beisitzer. Ziegler. Pflüger. Eberhard. Braun. Nauh. Weidmann. Schreer. Seydt jun.  
Nommel. Braubach, Adv. Nollenberger. Springmühl. Nöttelberg. Renand. Pressel, Dr.  
Manns, Adv. Chr. Lautenschläger. Schärttner. B. Jung. Graf. W. Wagner.  
August Souze. Aug. Mühl.



1  
8  
5

1871  
1872

1873

1874

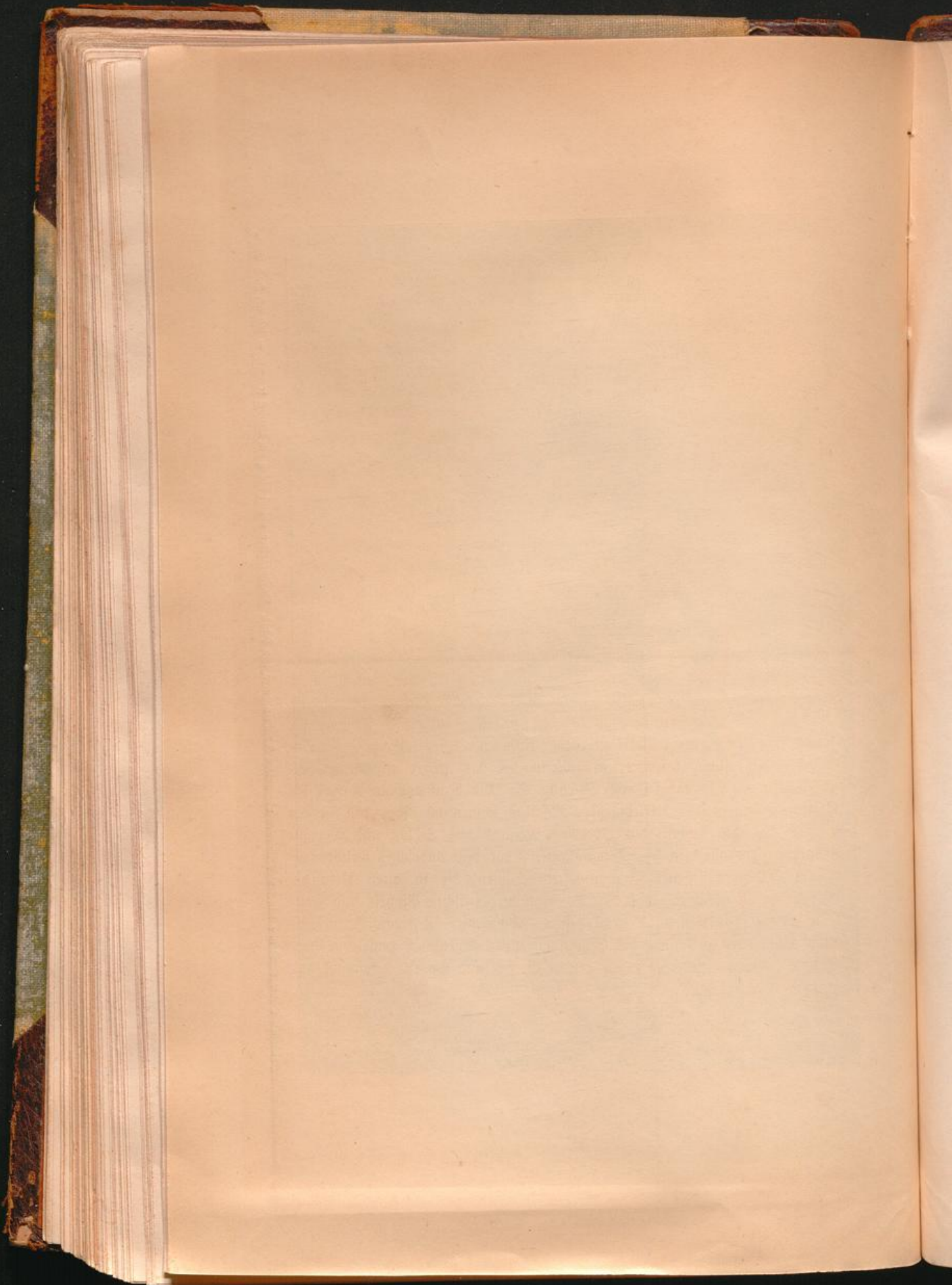
1875





Waschehn! Wasis wats! mer sein fest gefühnen vör unsere Sämmantenten sein Quis. Regimentstrummier! fohlag ein Werbel trerrrr — soll ach Hoch leben.







daneben die in Nassau besonders dringenden: daß die Domänen zu Staatseigentum erklärt würden und ein neues Wahlgesetz ohne Censur erlassen werde. Bei der Abwesenheit des Herrschers konnte Minister von Dungen einseitig nur die geforderte Pressefreiheit und Volksbewaffnung unbedingt zusagen. Der Wortführer der großen Versammlung vom 2. März, das Haupt der nassauischen Landtagsopposition, der Rechtsanwalt Hergenhahn in Wiesbaden oder „Vater Hergenhahn“, wie das Volk seinen ehrwürdigen Liebling nannte — war jetzt auch der Hüter des Gesetzes und der Ordnung, als das Volk über die ungenügende Antwort des Ministers murrte. Er beschwichtigte die Massen mühelos, bestand aber auch auf sofortiger Ausführung der zugesagten Volksbewaffnung, die denn auch alsbald aus den Vorräten des Zeughauses vollzogen wurde.

Nicht minder wurde von der neu errungenen Pressefreiheit sofort umfassender Gebrauch gemacht. Nassau besaß zur Stunde nicht eine einzige Zeitung. Schon am Morgen des 3. März erschienen dagegen in Wiesbaden zwei liberale Blätter, „die freie Zeitung“ und „das Flugblatt“, und ein neuzeitlich-gouvernementales, das der freisinnige Kammerherr Max v. Gagern ins Leben rief, die „Nassauische Zeitung“. In dieser letzteren setzte Gagern allen beunruhigenden Gerüchten, die in der Stadt und dem Land umliefen, sein ehrliches Wort entgegen. Als trotzdem die Erregung immer mehr wuchs und immer neue Tausende in Wiesbaden von auswärts bewaffnet zusammenströmten, verbürgten sich die Herzogin-Mutter, des Herzogs jüngerer Bruder Nikolaus und die Minister dafür, daß der Fürst alle Forderungen des Volkes bewilligen werde, und sie in dessen Namen diese Bewilligung schon jetzt aussprächen. Der durch Eilboten zurückgerufene Herzog traf gerade noch rechtzeitig ein, um verhängnisvolle Wirren zu verhüten. Er trat auf den Balkon seines Schlosses und bestätigte mit lauter Stimme alle in seiner Abwesenheit dem Volke gegebenen Zusagen. An die Spitze des neuen liberalen Ministeriums berief er den Mann, der das größte allgemeine Vertrauen besaß, den Advokaten Hergenhahn. So fand denn auch in Nassau die Märzbewegung ihren sehr befriedigenden Abschluß, namentlich für — den Fürsten Metternich, da die bewaffneten Liberalen Nassaus das Schloß und Weingut Johannisberg des österreichischen Staatskanzlers vor dem Andringen zerstörungs- und brandstiftungsbeffissener Bauernscharen schützten, die in alten Urkunden entdeckt zu haben glaubten, daß der Todfeind der deutschen Einheit und Freiheit dieses wertvolle Gut zu Unrecht besitze. So dankte Metternich durch eine ironische Laune des Geschickes die Erhaltung seines Eigentums denselben Liberalen und „Demagogen“, die er so oft in Grund und Boden verwünscht und so grausam verfolgt hatte.